

Saale-Zeitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

Anzeigen... werden die Spaltenstelle oder deren Raum mit 30 Pfg. ...

Nr. 121.

Halle a. S., Donnerstag, den 12. März

1908.

Ergebnisse der Viehzählung in Preußen.

Die Erhaltung und Vergrößerung des Viehstandes ist für jede Nation eine volkswirtschaftliche Angelegenheit...

Deutschlands Viehstand hat immer zugenommen, in der Freihandelsperiode und während der Carpathischen Handelsverträge...

Table with 4 columns: Pferde, Rinder, Schafe, Schweine. Rows for years 1897, 1902, 1907.

Die Abnahme der Schafe ist keine unglückliche Erscheinung; das Schaf weicht der höheren Bodenkultur. Die Zunahme der Pferde verlangsamt sich...

Ein weiteres Wachstum unseres Viehstandes ist unbedingt erforderlich, schon deshalb, weil unsere Volkszahl neuerdings jährlich um etwa 1 1/2 Prozent zunimmt.

Man behande die ausländischen Futtermittel in Bezug auf die Verwertung liberaler; dadurch wird einerseits die Viehzucht gehoben...

Deutsches Reich. Sol- und Personalnachrichten.

Gestern morgen unternahm der Kaiser und die Kaiserin den gemeinsamen Spaziergang im Tiergarten in Berlin.

Nach amtlicher Meldung ist Admiral Biskupel in Genehmigung seines Abschiedsgelechts zur Disposition gestellt worden.

Fürst Max Egon zu Fürstenberg, der den Kaiser jetzt bereits nach Wilhelmshafen und Selgoland begleitet hat...

Von einer den Grafen Albrecht und Wilhelm von Hohenzollern zum Kommandanten des Garde du Corps...

Die Geschäftsordnungscommission des preussischen Abgeordnetenhauses erließ einstimmig die Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Feld (natlich) auf Grund seines Schreibens vom 20. Februar.

Wahlcommission des Reichstages.

Bei der Weiterberatung des Etats für Südwacharia führte Staatssekretär Dernburg geltend aus, er sei durchaus nicht der Ansicht, daß in Südwacharia ein Zusammenbruch...

Der Fall Hohenzollern.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Gegenüber den in mehreren Wärttern enthaltenen Nachrichten können wir auf Grund einer Anfrage an zuständiger Stelle bestimmen erklären...

Sitzungsmitglieder des Patentamts.

Der Staatssekretär des Innern hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf überreicht, der folgendes bestimmt: Im Falle des Wundinisses können vom Reichsanwalt Personen, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen...

Gründung neuer Ansiedlungen.

Ein Ergänzungsgesetz zum Gesetz betr. die Gründung neuer Ansiedlungen in den östlichen Provinzen sowie in Sachsen und Westfalen vom Jahre 1904 ist, wie wir erfahren, im Ministerrat für Landwirtschaft fertiggestellt worden.

Allgemeines Sinken der Fleischpreise.

Im Einzelverkauf wird angeknüpft. In den letzten acht Tagen traten der „Deutschen Fleischzeitung“ zufolge in vielen deutschen Städten bereits Preisermäßigungen ein...

Mitte Juni Landtagswahlen!

Die schon an anderer Stelle mitgeteilte Ansicht von der Terminfestlegung für die Landtagswahlen hat die politischen Parteien alarmiert. Das sozialdemokratische Parteiorgan schreibt: „Danach trennen uns nur noch drei Monate von den Neuwahlen.“

die erste Etappe des Wahlrechtskampfes sein. Aber die erste Schlacht des Wahlrechtskampfes muß ein wichtiger Erfolg der einzigen Partei sein, die ehrlich und kraftvoll für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu kämpfen entschlossen ist...

v. Helldorf-Bezirk.

Ein Konfessionsalter Schläge, wie deren nur noch wenige leben und noch weniger eine öffentliche Rolle spielen, ist mit Herrn v. Helldorf-Bezirk zur Ruhe gegangen. Er war 1833 auf dem Rittergut Bedra bei Merseburg geboren...

Allgemeine Mitteilungen.

Dem Abgeordnetenhaus ging gestern der Gesetzentwurf über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt zu.

Die Vereinigungskommission des Reichstages hat am Mittwoch die zweite Beratung begonnen. Der für gestern angelegte Termin ist jedoch nicht abgehalten worden.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abgeordneten Everling (10. sächsischer Wahlkreis) für gültig.

Wie die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ erfahren haben, wollen die Frankfurter Abgeordneten Decker Herr Dr. Barth als Landtagskandidaten für den Kreis Frankfurt-Stadt aufstellen.

Seeer und Flotte.

Admiral Fischel ist in Genehmigung seines Abschiedsgelechts zur Disposition gestellt. Er wird in Anerkennung seiner geleisteten Dienste la suite des Seeoffizierskorps in der Flotte der Marine weiter geführt.

Kaiserliche Marine. „Hohenzollern“ ist am 10. März in Venedig eingetroffen. „Voreen“ ist am 10. März von Vireaus nach der Insel Cantorin in See gegangen. „Tiger“ ist am 10. März in Anqing (am Yangtse) und „Lpdt. S 90“ am 11. März in Tjingtau eingetroffen. „Fluganonenboot „Tingtau“ ist am 11. März von Hongkong nach Canton in See gegangen.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung vom 11. März, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

wird beim Titel „Gesalt des Staatssekretärs 50 000 Mark“ fortgesetzt.

Hierzu liegen die bereits mitgeteilten Resolutionen vor. Neu eingebracht ist eine Resolution des Herrn Bremer-Bischof (s. o.), die einen Gesetzentwurf fordert, der für solche Märkte und marktähnliche Veranstaltungen, welche dem Handel mit Schlachtvieh in größerem Umfange dienen, Anordnungen trifft, die eine zuverlässige Feststellung der Viehpreise nach Lebendgewicht gewährleisten.

Hg. Raumann (Fr. Bg.): Der Entwurf über die Arbeitskammern enthält Bestimmungen, die den Arbeitskammern lediglich einen beratenden Charakter geben wollen, die Arbeitskammern sollen nichts weiter tun, als Beratungen über alle möglichen Dinge pflegen. Dies ist allerdings sehr wenig. In den Motiven wird auch davon geredet, daß diese Kammern dem Frieden dienen und Einigungsämter darstellen sollen. Dazu kommt noch, daß in solchen paritätischen Kammern der Vorstehende allein ausleggebend sein wird. Der Vorstehende wird also gewissermaßen die alleinige Instanz sein. Diese Funktion wird er aber in seiner privaten Eigenschaft besser ausüben können, als als Vorstehender. Die ganze Sache wird also etwas sehr Nebelhaftes, Unbestimmtes sein. Es ist beinahe so, als wenn man sagen wollte: Der Reichstag ist dazu da, um das gute Einvernehmen zwischen den widerstreitenden Parteien darzustellen. (Geheftert.) Das

mag wohl mal der Fall sein, dürfte aber doch nicht oft vorkommen. Statt dessen sollte man doch dafür sorgen, daß die Arbeitsstammern Selbstverwaltungsbefugnisse für das Gewerbe

würden, daß sie den ersten Schritt zu einer wirklichen Selbstverwaltung des Gewerbes durchführen. Es ist ein Fehler unserer ganzen sozialen Gesetzgebung, daß die Bestimmungen auf Bestimmungen häufig, die oft gar nicht von den betreffenden Kreisen angenommen werden können. Für ein Tarifgesetz ist nicht nur die Zeit nicht da zu sein, wir müssen noch mehr Erfahrungen auf diesem Gebiete sammeln. Da wäre es auch Aufgabe der Arbeitsstammern, Aufklärung über Tarif-Schwierigkeiten zu geben. Ueberhaupt müßten die Arbeitsstammern nicht nur begünstigen, sondern auch entscheiden können. So wie die Arbeitsstammern jetzt gebildet sind, genügen sie nicht, es gibt jetzt schon eine ganze Anzahl von Stellen, die die den Arbeitsstammern zugehörigen Aufgaben besser erfüllen. Auch nach der Schaffung von Arbeitsstammern

bleibt das Bedürfnis einer Arbeitervertretung bestehen.

Die Arbeitsstammern sollen lösliche sein, nach Verufen geliebt werden. Aber dann müßte man den Gedanken der Berufsvereinigungen weit tiefer greifen. Jetzt sind die Berufsvereinigungen viel zu wenig zergliedert und dezentralisiert. Sehr oft haben die Berufsvereinigungen nur ein Bureau in Berlin und nicht mehr als eine Abrechnungstelle für die Unfallversicherungsabgabe. Auch haben die Berufsvereinigungen keineswegs den parteilichen Charakter. Sie lassen die Mittelschicht der Arbeiter und Handelsangestellten vollkommen unberücksichtigt oder erachten ihre Tätigkeit in der großen Zahl der Arbeiter nicht zum Ausdruck kommend.

Sehr beabsichtigt sind auch die

Vorherrschaft für das Wahlrecht

zu den Arbeitsstammern. Die Unternehmer sind in sich stark und geschlossen genug, um die Wahlen stets so zu gewinnen, wie sie sie wollen. Und es ist die Arbeiterschaft, die die Gefahr der Gefahr, daß sie sich zu gewinnen nicht wie die Arbeiter wollen, sondern wie die Unternehmer wünschen (Sehr wahr! links). Ich gebe dem Staatsrat durchaus recht, daß die Frage des Wahlrechts eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, aber mit dem im Entwurf vorgeschlagenen Wahlrecht sind die Arbeitsstammern für meine politischen Freunde unannehmbar. (Sehr gut! links.) Mit ihm könnte nur erreicht werden, daß die Arbeiterschaft an diesen Kammer kein eigenes, aktives Interesse nimmt. Allerdings sind diese Vorherrschaft immer noch besser als das jetzige preussische Wahlrecht. (Seitert.) Aber das bedeutet blutige, wenn etwas in der Welt besser ist als das preussische Wahlrecht. (Sehr Zustimmung links.) Mit dieser einen Empfehlung allein können die Arbeiter auf dieses Wahlrecht nicht eingehen. Die Wahlen sollen stets erfolgen durch die Arbeiterschaft, teils durch die Arbeitgeber teils durch die Berufsvereinigungen, also ein Zweifelhinstimmiges an Stelle der drei Klassen des preussischen Landtages. Die Wahl durch die Arbeiterschaft würde denkbar, wenn wir

obligatorische Arbeiterverschüsse

hätten, und wenn diese selbst wieder ein bestimmtes Tätigkeitsfeld hätten. Heute aber sind sie meist nichts weiter als eine begutachtende Körperschaft für die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer, eine Art erweiterten Schwerebedruckes. (Seitert.) Sie werden vielfach direkt dazu benutzt, die Arbeiter nicht zu fördern, sondern zu hindern, und dieselben Vorkämpfer, die jetzt die gelben Gewerkschaften mit kränklicher Grube einzuführen wollen, wollen vielfach auch über den Arbeiterverschüssen. (Sehr wahr! links.) Zudem schenke über ihren Mitglieder stets die Gefahr der Gründung. Es ist nicht charakteristisch, daß diese die Zustimmung enthalten muß, daß wegen seiner Tätigkeit in der Arbeitsstammer niemandem mit kürzerer Frist als mit den üblichen 14 Tagen gekündigt werden kann. (Hört! Hört! links.) Es wird also nichts anderes helfen, als zu den Arbeitsstammern noch einmal direkte Wahlen einzuführen. Man spricht viel von Wahlmündigkeit, aber die Arbeiter haben doch nicht so überflüssig viele Stellen, wo sie mit Erfolg wählen können, und auf sie trifft deshalb die Wahlmündigkeit nicht zu. Es wird gut sein, bei diesen Wahlen einen Versuch zu machen mit dem Proportionalwahlrecht. Hier ist es praktisch möglich, weil die Vorherrschaft ja doch angewandt werden von den Gewerkschaften. Denn man mag das Wahlverfahren organisieren wie man will, stets werden die Vertreter der Arbeiter in den Arbeitsstammern die Vertreter der organisierten Arbeiter sein müssen, sonst funktioniert der ganze Körper nicht. Nur wenn die Arbeitsstammern die Stellung der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen und die Unternehmer sich anständig bemühen, sich mit ihren Wünschen zu verständigen, kann etwas wirklich Ernsthaftes und Großes aus den Arbeitsstammern gemacht werden. (Sehr gute Zustimmung links.) Die Arbeitsstammern können kein eigenes Finanzmittel haben, man kann nicht um ihre Mittel bei anderen Stellen ansuchen. Es sind die Berufsvereinigungen angegliedert, ist nicht möglich, weil das Unternehmen ist. Aber ich kann mich auch nicht für den Vorstoß der Sozialdemokraten ausdrücken.

die Kosten aus der Reichskasse

zu übernehmen. Nicht etwa deshalb, weil in der Reichskasse kein Geld vorhanden ist, dafür müßte das Geld noch vorhanden sein und die Ausgabe dem Staat zum Lasten würde. Es ist die große Reichsfinanzreform aufgenommen worden (Seitert), sondern damit nicht der Regierungsrat oder der Landrat eine Kontrollbefugnis über die Ausgaben der Arbeitsstammern in die Hand bekommt. Die Arbeitsstammern müssen wünschen, finanziell unabhängig zu sein. Da wäre es vielleicht richtig, die Gewerbesteuer an Stelle der Ortspolizeibehörde künftig den Arbeitstammern zuzuführen zu lassen. Natürlich lassen sich diese nicht willkürlich vermehren, so daß noch eine zweite Finanzquelle notwendig wäre. Vielleicht empfiehlt sich dafür die Angliederung an die Alters- und Invaliditätsversicherung. Hundert ist sich bei den Arbeitsstammern nur darum, eine Schattentorporation zu schaffen, so haben wir keinen Grund, mit besonderer Lebhaftigkeit für diesen Entwurf einzutreten. Wir werden aber gern mitarbeiten, wenn nichts Halbes geschaffen werden soll, sondern eine in ihren Kompetenzen abgegrenzte reell arbeitende Arbeitsstammer. (Beifall.)

Abg. Graef (Rep.) tritt für die Förderung des Mittelstandes ein. Dieser dürfte nicht die Kosten der Sozialpolitik tragen. Er spricht sich gegen die erweiterte Sonntagsruhe aus.

Abg. Eir. (Ztr.) räumt die sozialpolitische Tätigkeit des Zentrums. Vor allem müßte dem Höhenrücken der Sozialpolitik, dem Kaufmannstande, geholfen werden. Der Redner bekämpft das Hausverwesen, das Warenhaus- und Ausverkaufswesen, und erfindet sich nach der angelegentlichsten Vorlage gegen den unläuteren Wettbewerber.

Abg. v. Brodhagen (Kon.): Der Handwerkerstand bedarf der weitgehenden Fürsorge. Herr Naumann mag wohl getreulich gesprochen haben, aber seine Ausführungen hatten wenig praktischen Wert. Die Hoffnung, daß er gegen die Warenhäuser vorgehen wird, ist ganz verfehlt. Der Redner beklagt die Kämpfe im Berliner Gewerbe, den bevorstehenden Nietenkampf im Reich. Uebertall zeige sich der Terrorismus der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Jund (N.L.) fordert die heftige Einberufung einer Regierungskommission zur Lösung der Frage der Einheitsnotographie. Er wünscht eine Erneuerung über die Frage der Mindestpreise im Handwerk. Er bekräftigt dann eingehend die Kartellinterpolation und spricht dann für die Schaffung eines Kartellgesetzes. Vor allem müsse auf dem Gebiete der Zoll- und Kartellpolitik den Auswirkungen des Kartellwesens entgegengetreten werden.

Auf Antrag Baermann (N.L.) wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Dann wird über die Resolution abgetimelt.

Abgelehnt werden die sozialdemokratischen Resolutionen mit der Forderung einer reichsgesetzlichen Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse aller Angestellten, der Forderung eines Reichsberggesetzes und reichsgesetzlicher Regelung des Knappschaftswesens, eines Gesetzes über den Bauarbeiterstand sowie derjenigen Bestimmungen aus ihrer Geschäftsverteilung, die das Verbot der Nacharbeit fordert, wogegen das Verbot der Sonntagsarbeit im Hammerplung mit 123 gegen 104 Stimmen angenommen wird. Alle anderen Resolutionen werden angenommen.

Sein Titel der drei Direktoren verfaßt die Abg. Suß und Stadthagen (Soz.) verneint noch einmal, allgemeine sozialpolitische Fragen anzuschneiden. Der Präsident muß sie mehrere Male zur Sache rufen und mit den gefühltsordnungsmäßigen Folgen drohen, ehe sie unter großer Unruhe des Hauses sich dazu entschließen, die Redebeiträge zu verlassen. Sie tun das mit der Drohung, bei der dritten Belegung doch noch ihre Reden zu halten.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) dankt für die Unterstützung des Germanischen Museums in Nürnberg und des Deutschen Museums in München. Er fordert weiterhin Förderung des kunsthistorischen Unterrichts, ein vollständiges Verzeichnis der deutschen Kunstdenkmäler, Popularisierung der Monumenta Germanica, Fortführung des Germanischen Wörterbuchs und Unterstützung weiterer wissenschaftlicher Unternehmungen. Aber auch den Künstlern und Dichtern müsse weitere Unterstützung zuteil werden. Auch der Kaiser habe ja an Viktoria einen Ehrenlohn gegeben, ebenso die Stadt Hamburg einen Ehrenlohn an Gustav Falke. Die 75 000 Mark für die Hofbibliothek, die als letzte Kasse gefordert werde, sollte man lieber zu einem Ehrenlohn für Walter, Müller und vor allem für Journalisten verwenden, für diese Männer, die mit einer wunderbaren Selbstopferung des Geistes die Pulsader des öffentlichen Lebens sind. Die einzigen Beisitzer, die die Journalisten bis jetzt von Reichs wegen haben, sind die, daß sie, wenn sie offiziös sind, zu den intimen Dinners der Reichstagsräte zugezogen werden. (Gr. Seitert.) Die Ständesorganisationen der Presse müssten unterstützt werden. Auch müßte dafür gesorgt werden, daß nicht unläutere Elemente sich ohne weiteres zur Presse rechnen dürften, wie der bekannte Herr Wolffradt aus dem Mittel-Harden-Prozeß. Auch die Schanblüme müßte mehr unterstützt werden, damit das deutsche Volk wieder seine Dichter mehr kennen lerne. Jetzt heiße es leider schon von Schiller: Früher warft er der Mann, jetzt ist es der Schwarmann. (Große Seitert.) Der Reichstag hat die Pflicht, für die Kulturinteressen des deutschen Volkes zu sorgen. (Sehr Beifall. Stadthagen ruft: O der Modernismus! Große Seitert.)

Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 7 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die vier Interpellationen der Abg. Arendt-Labian (Kon.), Sobrocht (N.L.), Hübner (Ztr. Vgg.), Fritz v. Joditz (Ztr.), Dr. Vorhoff (Ztr.), in denen angefragt wird, aus welchen Gründen die in Aussicht gestellte Vorlage über

die Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten, Volksschullehrer und Geistlichen dem Landtage noch nicht unterbreitet ist, und wann ihre Einbringung zu erwarten ist. Zur Begründung der konservativen Interpellation führt

Abg. v. Hennigs-Redin (Kon.) aus, daß man nach der früheren Erklärungen der Regierung hätte annehmen müssen, daß die Vorlage in diesem Winter zur Verabschiedung kommen würde. Das Abgeordnetenhaus ist bereit gewesen, die Mittel nötigenfalls durch Erhöhung der Steuern für die Beamtenbeholdungssteigerung zu bewilligen, und es ist sehr zu bedauern, daß die Einbringung der Vorlage verlagert ist. Der Beamtenstand habe sich das Gefühl einer großen Unzufriedenheit bemächtigt, und dieses müsse bald beiligt werden. Daher schließt mit der bringenden Bitte, eine Erklärung in diesem Sinne abzugeben. (Beifall.)

Die Interpellation der Nationaldemokraten und Freisinnigen begründet

Abg. Sobrocht (N.L.): Als die Staatsregierung die Einbringung der Vorlage für die Beboldungssteigerung verweigert, waren wir uns darüber klar, daß es sich um die Lösung einer schwierigen Frage handelt. Wir haben aber trotzdem gehofft, daß diese Fragen in dieser Session gelöst werden würden. Dadurch, daß das nicht geschieht, ist in den weitesten Kreisen der Beamten eine tiefe Verwirrung in den herzuverfallen worden. (Sehr richtig! links.) Wir haben nach den getrigen Erklärungen der Regierung unsere Interpellation nicht zurückgezogen, weil wir volle Klarheit von der Regierung verlangen müssen. (Zustimmung links.) Zum mindesten hätte die Regierung die Neuverteilung der Lehrbeholdung nicht weiter hinauschieben sollen. (Beifall links.)

Abg. Fritz v. Joditz (Ztr.) begründet die Interpellation der freisinnigen Partei: Auch ich bin der Meinung, daß die Aufhebung der Lehrer zweifelsfrei durchgeführt werden müssen. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die Veranlassung der Vorlage für die Beboldungssteigerung herbeigeführt ist. Die Beamten und Lehrer sind dadurch aus ihrer Ruhe vertrieben worden. (Sehr richtig!) Auch das Reich brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen, wir können in Preußen selbständig vorgehen. (Sehr richtig!) Nach dem, was in der Presse über die Absicht der Regierung veröffentlicht ist, müssen wir annehmen, daß die von ihr geplante Grundzüge für die Lehrbeholdung von uns nicht gut gehehen werden kann, denn das Haus hat sich 1906 gegen die grundsätzliche Erhebung zwischen Land und mittleren Städten, mittleren und größeren Städten und größeren und großen Städten ausgesprochen, wie sie die Regierung ansehend vornehmen will. Wir werden noch heute eine Resolution einbringen, die die Aufhebung des Hauses vom Jahre 1906 wieder zum Ausdruck bringt. Ich hoffe, daß die Staatsregierung den Landtag im Herbst frühzeitig einberufen und dann die Beboldungsvorlage uns vorlegen wird. Die Verantwortung für die Verzögerung der Vorlage lehnen wir ab, für was die Staatsregierung allein trägt. (Beifall.)

Es folgt die Begründung der Interpellation des Zentrums durch

Abg. Richter (Ztr.): Nachdem die Beboldungsvorlage in der Thronrede angeführt war, haben die getrigen Verhandlungen im Reichstoge wie ein letzter Wasserstraß auf die Beamten gewirkt. (Zustimmung.) Wenn im Reich die

Beboldungsvorlage abhängig gemacht wird vom Zustandekommen der Finanzreform, so ist ihre Einbringung und Verabschiedung im Herbst sehr unklar. Ich gebe der Regierung und Beboldungsvorlage die Vorlage im Herbst bestimmt gemacht und so reichlich angeordnet, daß die Beamten damit zufrieden sein werden, wenn allem ist notwendig, daß sie rückwärts keine Vorläufer ständige bekommt. (Beifall.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Reiffmann-Sollweg verliest folgende Erklärung:

Seitens der königlichen Staatsregierung ist die Entlassung von Beamten, die für das Etatsjahr 1908 neben einer Neuordnung des Beboldungsgesetzes eine generelle Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten, der mittleren Beamten und einer Teilchen der höheren Beamten unter Befahrung der erforderlichen Bedingnisse erfolgen soll. Gleichzeitig war die Neuverteilung der Dienststellen der Lehrer sowie der Geistlichen der Regierungsstellen in Aussicht gestellt worden. An dem Beschluß, den der Reichstag für das Jahr 1908 gefaßt werden zu lassen, hätte die Staatsregierung unbedingt fest. Die Absicht, die entsprechende Vorlage nach dem Landtage zu unterbreiten, läßt sich jedoch zum Behalten der Staatsregierung nicht verwirklichen. Nach der Lage der Verhältnisse im Reich hat die umfassende Reform der Reichsfinanzen und damit auch die Beboldungsbesserung der Reichsbeamten

auf den Herbst dieses Jahres verlagert

werden müssen. Bei der Notwendigkeit, die bisherige Uebereinbarung zwischen den Dienststellen der Beamten des Reiches und Preußens grundsätzlich aufrecht zu erhalten, ist es nicht angängig, die Gehaltsbezüge der preussischen Beamten einheitlich und normig zu regeln, vielmehr ist ein gleichmäßiges und gleichzeitiges Vorgehen geboten. Zudem ist nach Lage der Dinge in Preußen die Ortssachenabteilung im Reich ohne weiteres auf für den Beboldungsgesetzgebung der preussischen Beamten notwendig. Die Regelung der Beboldungen ist aber von der Befahrung des Beboldungsgesetzes nicht zu trennen. Dazu kommt, daß erst nach der Neuverteilung der Reichsfinanzen auch die finanzielle Lage Preußens und die Frage einer Ergänzung der Staatsfinanzen sich hinreichend übersehen läßt. Hiernach ist es auch für Preußen unabweislich, nach dem Vorgehen im Reich die Erledigung der Beboldungsbesserung und die Befahrung der Beboldungsmittel

bis zum Herbst dieses Jahres auszuführen.

Zu diesem Besuche ist in Aussicht genommen, den Landtag im Oktober dieses Jahres zu veranlassen, um ihm ausreichend Zeit zur Beratung der beboldungsvorlage zu gewähren. Ein Recht ist bei den Beamten, Lehrern und Geistlichen hieraus zu erwarten. Daher soll der Vorlage

zurückzuziehende Kraft

auf den 1. April 1908 beigelegt werden. Demgemäß werden alle, die am 1. April 1908 im Dienst stehen, und zwar auch die, welche nach diesem Termin und vor dem Inkrafttreten der neuen Gehaltsregelung in den Ruhestand treten, sowie die Hinterbliebenen der in der Zwischenzeit verstorbenen Beamten nachträglich so gestellt werden, als ob die Gehaltsregelung bereits am 1. April 1908 in Kraft getreten hätte. Die Staatsregierung wird ferner unerwählig eine Vorlage einbringen, durch welche sie 1907 im Reich die unteren und mittleren Beamten, soweit sie nicht seit dem 1. April 1907 entpfehlend aufgebessert sind, ein fester Betrag monatlich erhält, der auf die künftig erhöhte Beoldung angerechnet wird. Eine gleiche Fürsorge wird den geringer bezahlten Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen zuteil werden. (Das Haus nimmt die Worte des Redners mit tiefem Schweigen auf.) Auf Antrag des Abg. Fritz v. E. Siffa (Kon.) wird die Beoldungsvorlage einstimmig beschlossen.

Abg. Gehring (Ztr. Vg.): Die Antwort der Regierung hat uns in keiner Weise befriedigt. (Sehr richtig! links.) Das Verhalten der Regierung erregt unser heftiges Versehen und in den Kreisen der Beamten steigende Unzufriedenheit, die dem Staatswohl nicht frucht. Heute wird uns gesagt, wir müßten auf das Reich Rücksicht nehmen; im vorigen Jahre nahm der Finanzminister den entgegengesetzten Standpunkt ein. Das müßte, was wir jetzt hätten erwarten müssen, wäre doch gewesen, daß uns die Regierung die Grundzüge der geplanten Beboldungsvorlage mitteilen würde, damit wir dazu Stellung nehmen könnten. Wir müssen die Regierung für die Folgen verantwortlich machen, die sich aus der Verzögerung der Beboldungssteigerung ergeben werden. (Sehr richtig! links.) Wir vertreten den Grundgedanken, was dem Könige, was dem Könige zukommt, dem Volke, dem dem Volke zuteil, den Beamten, was den Beamten gebührt. (Ueberrausch! Beifall.)

Abg. Broemel (Ztr. Vg.): Im Reichstage ist gestern die Verzögerung der Beboldungsvorlage mit dem Fehlen der Bedingnisse begründet worden. Man sollte doch nun aber nicht eine solche Frage mit politischen Motiven verquiden. (Sehr richtig! links.)

Der Nachteil der Beamten

wird von allen Seiten anerkannt, und die Regierung hätte darauf die Konsequenzen ziehen müssen, für Preußen die Frage der Beboldungssteigerung selbständig zu lösen. Jetzt besteht die Gefahr, daß im Herbst das Lehrbeboldungsgesetz wieder in lange Tanne sankt gehoben wird. Die Regierung hat das Vertrauen der Beamten verloren, und damit sie es wieder gewinnt, müßte sie, daß die preussische Regierung doch mit der Beboldungssteigerung doch selbständig vorgehen möge. (Beifall.)

Abg. Malteff (Kon.): Wir sind verpflichtet als die gewählten Vertreter des Volkes, dem schmerzlichen Empfinden der Beamtenschaft Ausdruck zu geben. Wenn es den Anschein gemacht, als ob die Regierung sich zur Aufhebung des Gesetzes, so bedauern wir das. Ich glaube aber, daß Beamte aus der Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums entnehmen werden, daß steigende Gründe die Regierung zu ihrem Verhalten zwingen. Wir nehmen nicht an, daß die Regierung hofft, nach dem E u m a h e n niedriger Gehaltsbezüge bieten zu können als jetzt. Jedenfalls werden meine Freunde ohne Rücksicht auf das Wahlergebnis energisch mitarbeiten, um die Wünsche der Beamten zu erfüllen. (Sehr Zustimmung rechts.) Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Wirtschaftspolitik des Reichs an die letzten Lebensmitteln schuld sei, so bemerke ich, daß jetzt die Preissteigerung den Produktionskosten nicht entsprechen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Ztr.): Wenn in acht Tagen Reichstagsarbeiten stattfinden würden, so würde die Regierung dabei die Antwort der Beamten auf ihre Verhältnisse bekommen. Die Regierung hätte wenigstens das Lehrbeboldungsgesetz jetzt vorlegen sollen. Man spricht von der Beboldungsfrage. Bei der Beboldungsvorlage, nach der Deduktion aber nicht getragt. (Sehr richtig! links und rechts.) Es heißt immer: Preußen ist ein deutsches Land voran! In der Beamtenbeoldung sind uns aber andere Bundesstaaten weit vorangehen. (Beifall.)

Abg. Schiller (N.L.): Wir dürfen es nicht zur Thronrede angeführt, aber nachher nicht eingebracht werden. (Sehr richtig! links.) Die Gründe der Regierung sind nicht schlüssig, die An



Reinhold „Goldenes Schiffchen“ einen Vortrag über das Thema „Die erdgeschichtliche Vergangenheit von Halle und Umgebung“. Gäste sind herzlich willkommen.

Die Arbeiter-Sanitätskassone vom Roten Kreuz beginnt ihre diesjährigen Geländebildung mit einer Marktschloß nach dem Petersberge am Sonntag. Der Abmarsch erfolgt vormittags 9 Uhr von Halle-Trottha.

Fortnerner-Vereinigung. In der Turnhalle am Köpffeld findet am Sonntag, den 15. März, von nachmittags 1 Uhr an das Turnen der Fortnerner-Vereinigung übungen und danach gemeinsames Beisammeln in den „Germaniasälen“, Große Steinstraße 23, statt.

Provinzial-Nachrichten.

* Weihenfels, 9. März. (Öffentliche Anerkennung für Rettung aus Lebensgefahr.) Die Schulladen Paul Geißler und Willi Schnabel haben am 13. Januar d. Jrs. mit erheblicher eigener Lebensgefahr den Schulladen Friedrich Weußel von dem Tode des Ertrinkens gerettet. In Anerkennung der bei dem Rettungswerte bewiesenen Enthusiasmus und Selbstopferung bringt der Regierungspräsident Frhr. von der Rede dies zur öffentlichen Kenntnis.

* Weihenfels, 11. März. (Geflügel diebstahl.) Aus dem hiesigen Rats-Gehege wurden gestern abends zwischen 7 und 8 Uhr ein Paar wertvolle, in der hiesigen Geflügel-ausstellung befindlich gewesene Bronze-Hühner, dem Farmer Redens-Hohnhorst gehörig, gestohlen. Die Diebe waren über die Hofmauer geklettert und hatten die Hühner später außerhalb abgeschlachtet. Des Diebstahls verdächtig sind zwei hier wohnende Arbeiter, die heute vormittag verhaftet wurden.

— Barbis, 10. März. („Frau kangen!“) Die Frau eines polnischen Arbeiters in Friedel war vor einigen Tagen ihrem Manne unter Mitnahme von Betten und dem Erlös eines verkauften Schweines durchgegangen. Während sie auf dem Bahnhof auf den Zug wartete, sollte sie der Ehemann ein, nahm ihr die Betten ab und sagte: „Weißt du, ich bringe dich hier!“ Frau kann gehen, braucht sich nicht wieder zu kommen!

* Magdeburg, 11. März. (Selbstmord eines Gymnasialisten.) Ein Terzianer des Domgymnasiums ertränkte sich, weil das letzte lateinische Extempore ungenügend war und dadurch seine Vertretung zweifelhaft wurde.

— Osterfeld, 10. März. (Viehmarkt.) Der heutige erste Frühjahrsviehmarkt war ziemlich gut von Verkäufern, weniger von Käufern besucht. Uferkühe wurden das Paar mit 70 bis 90 Mark, Saugflehweine mit 28 bis 40 Mark das Paar bezahlt.

@ Kelbra, 11. März. (Unterückung.) Der hiesige Sparratsenstand Friedrich entfernte sich am Montag ohne Urlaub. Gestern mittags hat sich der ungetreute Beamte bei der Kreimhauz in Halle freimittig gestellt, mit der Angabe, 10,500 Mk. Unterschlagung zu haben. Alles Nähere muß die eingeleitete Untersuchung ergeben. Die Sparratsenrat ist erst vor wenigen Monaten von einem bestellten Revisor revidiert worden. Die Stadt Kelbra hat mit ihren Sparratsenbeamten schlechte Erfahrungen gemacht. Der Vorgänger des jetzigen Deputierten, Bruns, erlosch sich nach Unterschlagung von ca. 30,000 Mk., welche Summe aber durch Verjährungsgefahr gekehrt wurde. Auch dessen Vorgänger hinterließ bei seinem Weggange von Kelbra eine große Schuldenlast, er erhielt aber einen Vollen bei der Görtzler Erbverteilung, die er im 60,000 Mk. betrug. Dafür bekam er 3 Jahre Gefängnis.

§ Leopoldshall, 11. März. (Staatshilfe für die linden Häuser.) An die Herzoglich Anhaltische Landesregierung, den Anhaltischen Landtag und alle Landtagsabgeordneten ist von hier folgende, mit 181 Unterschriften versehene Petition abgegangen: Da infolge der Erdbebengefahr der Kredit der Leopoldshaller Gemeinde besser zu sein ist, daß die auf den Grundbesitz bestehenden Hypotheken teilweise der interessierten Banken sowohl als auch der Prämienkäufer zurückgezogen werden und hierdurch die Grundbesitzer an ihrem Vermögen, da ein zweites Kapital nicht zu erhalten ist, so gefährdet werden, daß für die Folge mehrere Grundstücke zur Subhastation gelangen müssen und hierdurch eine Verarmung der Leopoldshaller Bürger herbeigeführt werden muß, so erlauben sich die Unterschreibenden ganz gebornt mit Herzoglicher Regierung dahin vorstellig zu werden: Herzogliche Regierung wolle verfügen, die hier in Frage kommenden Grundbesitzer dahin unterfüßen zu wollen, daß ihnen aus Staatsmitteln die gekündigten Kapitalien in derselben Höhe, wie sie zurückgezogen werden, zu einem angemessenen Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden.

(.) Müthenburg, 10. März. (Genickstare?) Ein am Freitag voriger Woche in das hiesige Landesranstaushaus eingeliefertes Dienstmädchen aus Kriebitz verstarb dort am Sonntag unter den Ansichten der Genickstare.

Kunst und Wissenschaft.

Ein neues Werk Siegfrieds Wagners. Wie der „Tägl. Rundsch.“ aus Nürnberg geschrieben wird, hat Siegfried Wagner soeben einem dortigen Freunde mitgeteilt, daß er zurzeit die letzte Hand an sein neues Opernwerk legt, zu dem er sich wiederum selber den Text schrieb und das den Titel „Die drei Tage von Bern“ führt. Das dreitägige Werk führt, wie Dietrich von Bern, in der Geschichte Theodorich der Große, der Digtentönig, aus seinem heimatlichen Italien als Verbannter an den Hof Chels, des zweiten Gatten von Siegfrieds Gattin Ariemild, kommt, der inmitten seiner großen Schar von Helden in seiner milden Güte auch Dietrich von Bern bei sich aufnimmt. Bemerkenswert ist es, daß in dieser Oper Siegfried Wagners auch der grimmige Sagen wieder erscheint, als dessen Vezginer Dietrich von Bern in der Sage genannt ist. Die neue Oper Siegfrieds Wagners wird voraussichtlich diesmal nicht am Hamburger Stadttheater ihre Aufführung erleben, auch nicht, wie es hieß, an der Dresdener Hofoper, sondern am Berliner königlichen Opernhaue in der zweiten Hälfte der nächsten Spielzeit.

Eine Erinnerung an das Meiningen Hoftheater veröffentlicht Paul Rindau aus seiner dortigen Zuhörereinstellung in der Wiener N. Fr. Pr.: Bei der ersten Aufführung dieses „Geipenier“ war J. B. persönlich zugegen. Gelegentlich dieses Aufenthaltes spielte sich eine weitere Episode ab. J. B. hatte zur Zeit des Abends den ihm vom Herzog verliehenen Stern der hiesigen Hausordnung angeteilt, zugleich auch die zwei unteren Grade des Ordens, die ihm vom Herzog früher verliehen worden waren. Es ist nun natürlich ausgeschlossen, daß man die unteren Grade gleichzeitig mit den oberen trägt, und die Hofgesellschaft äußerte darüber ziemlich heftig ihr Entsetzen. J. B.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Die mittleren Beamten bis zu 4200 Mk. Gehalt umfassen alle Beamtenkategorien, die der Zulage bedürftig sind. Auch die Regelung der Zulagen wird nach Schwierigkeiten maßen.

Abg. Dr. Müller-Berlin (Fr. Sp.): Warum hat der Handelsminister noch im Februar erklärt, ihm sei von einer Vertagung der Besoldungsordnungen nichts bekannt? Die Verbesserungen der Thronrede hätten erfüllt werden müssen. Herr Dr. Bahm hat hier seine künftige Maßrede gehalten. Ich glaube, wir Liberalen werden zwischen der agrarischen und der sozialdemokratischen Demagogie uns in Ehren durchhalten. (Beifall links.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Im Februar war die Vertagung der Besoldungsordnungen wieder im Reich noch in Preußen beschlossen, der Handelsminister konnte also davon nichts wissen.

Abg. Stoffer (kon.) hofft, daß die Beamtenbesitzpunkt durch die Stellungnahme der Regierung nicht gefährdet werde.

Abg. Graf Bruns (Str.) bezieht die Haltung des Abg. Dr. Bahm als den Anfang vom Ende der Biopolitik.

Abg. Ernst (Fr. Sp.): Nicht durch die hier gehaltenen Reden, sondern durch die Haltung der Regierung wird das Vertrauen der Beamten erschüttert.

Abg. eine Anfrage des Abg. Winkler (kon.) bemerkt Kultusminister Dr. Holtz: Auch der Entwurf des Pfortener-Vertrages und des Ruhegehaltengesetzes seien ausgearbeitet und sollten ebenfalls wirkende Kraft bis zum 1. April 1908 erhalten.

Abg. Dr. Bahm (Str. d. L.) erklärt, seine Rede seien zur Erklärung neuer Zusammenhänge im Interesse der Beamten bereit gewesen. Die Rede habe für sie keine scharfe Worte.

Abg. Dr. Müller-Berlin (Fr. Sp.) erwidert, die Landwirtschafter wollten allerdings neue Steuerumlagen schießen lassen, aber aus anderer Leute Taschen. (Lärm rechts.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellationen. Zum Schluß der Sitzung wurde noch die Beratung des Etats der direkten Steuern beendet. Die Abg. Graf von der Rede (kon.), Heine (nL), Gerhards (Str.) und Cahn (Fr.) brachten dabei Wünsche wegen Berücksichtigung der Katasterbeamten vor.

Um 4 1/2 Uhr vertagte sich das Haus.

Donnerstag 11 Uhr: Finanzministerium, kleinere Etats.

Ausland.

Kallidres Reise nach England. Der Präsident der französischen Republik, Kallidres, der, wie gemeldet wurde, in der zweiten Hälfte des Monats Mai England besuchen wird, wird aus dieser Reise von dem Minister des Auswärtigen, Ribot, begleitet werden.

Erkrankung Stöffels.

Der Gesundheitszustand des Generals Stöffel hat sich seit der Verurteilung des Urteils des Kriegsgerichts außerordentlich verschlechtert. Die Ärzte befürchten, daß Stöffel seine im Gnadenwege in zehnjährige Festungshaft ausgewanderte Strafe nicht überleben wird. General Stöffel hat daher, dem „S. T.“ zufolge, persönlich noch ein Gesuch an den Kaiser eingereicht, worin er um volle Begnadigung bittet, weil er krank sei und eine Kur gebrauchen müßte. — Von Stöffels Mitangeklagten wird General Fod demnächst zum Divisionskommandant ernannt werden; auch die Generale Smirnow und Reu f sollen neue Kommandos erhalten.

Eine Taufe in Rom.

In Gegenwart der italienischen Königsfamilie und der Hofwürdenträger fand gestern im Quirinal die feierliche Taufe der am 13. November vor. Jahres geborenen Prinzessin Johanna statt.

Bombensund in Mazedonien.

In dem Saufe des Bulgaren Georgi Wito in Loosha wurden 32 Bomben, 35 Patete Dynamit, 7 Riflen Patronen und 4 Gewehre gefunden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 12. März.

Zum Weltberer für einen Neubau auf dem Grundstück der Reumarkt-Schühengelschiffahrt, Parz. 40, sind 51 Entwürfe eingegangen. Das Preisgericht tritt in den nächsten Tagen zusammen.

Der II. Kommunale Verein versammelt am 19. März im „Wintergarten“ ein Strandfest, zu dem er folgende ulfuge Einladung ergehen läßt: Eine erfolgreiche Beitritt des II. kommunalen Vereins! Mit Bedauern muß seit Jahren konstatiert werden, daß die landschaftliche Schönheit der Umgegend unserer Stadt durch das Anstehen des Salzhens Sees zwischen Wanschen und Oberbölligen in Mangel der Sekreie erheblich an Reich verloren hat. Hierdurch sah sich der II. Kommunale Bezirksrat veranlaßt, sich mit dem Eruchen um Abhilfe an die Mansfelder Gewerkschaft zu wenden. Heute können wir unseren Mitgliedern die erfreuliche Mitteilung machen, daß unsere Petition unermartet schnell Erfolg gehabt hat. Die Mansfelder Gewerkschaft hat sich uns gegenüber bereit erklärt, in kürzester Zeit unter Zufühnenahme ihrer sämtlichen riesigen Pumpenanlagen auf allen ihren Schächten das frühere Welt des Salzhens Sees wieder voll Salzwallter zu pumpen und das blaue Luge des Mansfelder Kreises in seiner vollen Schönheit wieder herzustellen. Die Arbeit soll so gefördert werden, daß sie bis zum Donnerstag, den 19. März d. J., abende 8 Uhr vollständig fertig und der See bis an den Rand voll Wasser ist. Von diesem Zeitpunkt an wird also nicht mehr gepumpt! Die Wiedererrichtung des Sees soll durch ein großartiges Strandfest geleitet werden. Der II. Kommunale Bezirksrat und Gassen zur Beteiligung an diesem großartigen und einzig dastehenden Ereignis Familien-Automobile zur Verfügung. Versammlung zur Fahrt im Wintergarten (Magdeburger Straße) am 8. Uhr, Abfahrt 8 1/2 Uhr. Es ist für ein reichhaltiges Programm gefordert.

Der Haus- und Grundbesitzerverein Halle-Nord hält am Freitag abende 8 1/2 Uhr in der „Preußischen Krone“, S.-Trottha, Monatsversammlung ab, in der die Vertzugsmäßigere einer näheren Betrachtung unterzogen werden soll.

Der Verein Halle des Bundes Deutscher Militärs-Anwärter hält seine Monatsversammlung am Sonnabend abende 8 1/2 Uhr im „Schiffbau“, Hofstr. 5 (mit Damen) ab. Militäranwärter haben als Gäste Zutritt.

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag im „Reichshof“ statt. Gäste sind willkommen. Die Tagesordnung lautet: Kleinere Mitteilungen.

Im Maschinen-Technischen Verein hält am Sonnabend, den 14. Februar, 7 1/2 Uhr abende, Herr Lehrer Heinz. Wenig im

sicht auf das Reich wäre doch nur maßgebend für die Bearbeitung der Vorlage, die für die Aufstellung der Grundzüge. Die Möglichkeit einer gleichartigen Behandlung ist ja auch deshalb ausgeschlossen, weil der Reichstag im Herbst doch erst die Decksungstrategie hat. (Sehr gut links.) Wenn nun die Reichsfinanzreform im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Verhalten Sie mir zum nicht vorweg eine Bemerkung. Bei einer gelieren statthabenden Sprechtung wird im nächsten Jahre die Besoldung nicht so bestimmt, sondern durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Verhalten Sie mir zum nicht vorweg eine Bemerkung. Bei einer gelieren statthabenden Sprechtung wird im nächsten Jahre die Besoldung nicht so bestimmt, sondern durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Verhalten Sie mir zum nicht vorweg eine Bemerkung. Bei einer gelieren statthabenden Sprechtung wird im nächsten Jahre die Besoldung nicht so bestimmt, sondern durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Verhalten Sie mir zum nicht vorweg eine Bemerkung. Bei einer gelieren statthabenden Sprechtung wird im nächsten Jahre die Besoldung nicht so bestimmt, sondern durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Verhalten Sie mir zum nicht vorweg eine Bemerkung. Bei einer gelieren statthabenden Sprechtung wird im nächsten Jahre die Besoldung nicht so bestimmt, sondern durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Verhalten Sie mir zum nicht vorweg eine Bemerkung. Bei einer gelieren statthabenden Sprechtung wird im nächsten Jahre die Besoldung nicht so bestimmt, sondern durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Verhalten Sie mir zum nicht vorweg eine Bemerkung. Bei einer gelieren statthabenden Sprechtung wird im nächsten Jahre die Besoldung nicht so bestimmt, sondern durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften im nächsten Jahre nicht zustande kommt, wird dann wenigstens ein Prüfen der Besoldungsaufhebung ohne Rücksicht auf das Reich durchgeführt werden? Darauf müssen wir eine klare Antwort haben. Mit den Teuerungszulagen ist es nicht getan, die Beamten werden immer den Eindruck haben, daß sie nur mit Worten abgehieft werden, und das wird zur Verwirrung führen. Die Beamten sind tatsächlich gelähmt worden, und diese Schädigung kann nicht wieder gut gemacht werden. Die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Privatbeamten sind gestiegen. Nur unsere Beamten, Lehrer und Geistliche sind nicht aufgebessert, sie sind die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse. Sorgen wir dafür, daß sie nicht auch die Opfer der politischen Verhältnisse werden. (Beifall.)

Abg. Mezin (H.) betont, alle Reden vom Ministerliche ichaffen die Aufgabe nicht aus der Welt, daß Preußen ohne weiteres selbständig hätte vorgehen können. Die Beamten sind gegenüberstehend mit dem Existenzminimum gelangt.

Abg. Dr. Bahm (Str. d. L.): Die Arbeiter sind heute vielfach besser gestellt als die Unterbeamten und können sich obenbereiten Beamten können durch Besetzung ihrer Lage zu erreichen. Die Arbeiter können das nicht, also muß man besonders für sie ein Mittel finden, indem man für die Lösung der Deckungsfrage nicht nur den Staat, sondern auch das Großkapital heranzieht. Die Steuerpolitik der Finanzen an der Vergrößerung der Reichsfinanzreform und damit der Besoldungsaufhebung schuld. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (nL.) tritt dem Vorredner entgegen, der hier eine unangemessene Agitation für seine Partei treibe. (Beifall links.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 202,25, Diskont 175,37, Deutsche Bank 237,75, Berliner Handels-Gesellschaft 138,62, Kanarische 144,75, Balmor 81,62, Paketfabrik 112,30, Nordl. Lloyd 100, Russische Anleihe von 1902 61,50, Laurahütte 210, Bochumer Guß 198,25, Harpener 195,25, Gl. S. Kohlen 137,50, Phönix 174,70, Dresdner Bank 137,50, Schanckhausen 133,90, Lombard 26,62, A. E. G. 199,50. — Tendenz: Leicht befristet.

Auf dem Kassamarkt notierte höher: Pancksch 1,50, Albert chemische Fabrik 3,50, Admiralsgartenbank-Aktien 4,50, 40, Vorkursaktien 2, Bedburger Wolle 2, Bredower Zucker 1,50, 20, Vorkursaktien 3, Caroline 3. — Dagegen notierten niedriger: 3/4proz. Konsols 0,05, 3proz. Konsols 0,10, Neun- und Zehntel 1, Brauer Pfeifferberg 3, Spandauer Bergbauern 2, 2, Österreichische Brauerei Breitenburger Zement 1,25, Adle-Oberschlesische Brauerei Breitenburger Zement 1,25, Adle-Fahrrad 7,25, Düsseldorf Waggon 2, Kappel Maschinen 1,50, Fahrrad Metall 2, Lapp 2, Wanderer Fahrrad 2,50, Amliinfabrik Kronprinz 1,25, Hotelbetriebsgesellschaft 2, Kahla 2, Porzellan 3,25, Königszell 1,50, Rosenthal Porzellan 2, Wessel Porzellan 2, Königberger Zellstoff 2,50, Neue Gasgesellschaft Chemnitz 1,25, Boesende 1,25, Volt & Windle 2, 3,25, Gladbach Eisen 1,25, Grube Leopold 2,50, Louise Tiefbau 1,25, Meckener Walzwerk 1,75.

Londoner Börse vom 11. März. Englische Konsols 87,50, Gold 112, Goldfields 2,75, Rand Mines 4,75, Steel com. 33,00, Steel pref. 98,25.

Vom Kalksyndikat. In der Aufsichtsratsitzung des Kalksyndikats, die gestern in Berlin stattfand, wurden zunächst interne geschäftliche Angelegenheiten besprochen. In dem von der Direktion erstatteten Bericht über die Markverhältnisse wurde für die beiden Monate Januar und Februar d. J. gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres ein Verlust von fast 3 Mill. Mk. konstatiert, wovon fast 2 1/2 Mill. allein auf den Februar entfallen. Der Mehrabsatz ist im wesentlichen im europäischen Auslands- wie besonders Inlandgeschäft erzielt worden, während das Geschäft in Amerika noch steckt. Wenn daselbst normale Verhältnisse herrschen, würde der Mehrabsatz sich auf 1 1/2 bis 2 Mill. Mk. belaufen, wovon mindestens auf 3/4 Mill. gestiegen sein. Von der Summe von 3 Mill. Mk. entfallen ca. 1,6 Mill. Mk. auf Rohsalze und ca. 1,3 Millionen Mark auf Chloralkali, wofür besonders die elektrolytischen Fabriken Bedarf haben. Der Aufsichtsrat beschloss ferner einstimmig, der Gesellschafterversammlung des Syndikats auf die in der nächsten Sitzung zu behandelnde Angelegenheit in Halle a. S. zu den bekannten Bedingungen zu empfehlen. Die Generalversammlung von Krügershall, die über den Eintritt ins Syndikat beschliessen soll, wird für Ende dieses Monats einberufen werden.

Kalwerke Aschersleben. Der gestrigen ordentlichen Generalversammlung wohnten 23 Aktionäre bei, durch die ein Kapital von 4.96.000 Mk. zur Verfügung gestellt wurde. Die Opposition ist nicht erschienen, die demgegenüber am 25. März die Aktienkassensatzung vorgelegt hat. Es habe dagegen nicht befriedigt, dass Aschersleben das ganze ihm zustehende Bezugsrecht auf 51 Proz. des Aktienkapitals von Sollsteldt ausübte, um sich für alle Zeiten die Majorität bei Sollsteldt zu sichern. Redner stellte dann noch eine Reihe von Anfragen. Die Antworten hierauf wurden von dem Vorsitzenden, dem Direktor Dr. Greve erteilt. Ersterer erklärte, dass sich die Opposition in einem tatsächlichen Irrtum befinde, wenn sie behauptet, dass das Syndikat geschlossen wurde. Er stelle vielmehr, wie im vorigen Jahre auch diesmal, auf das entschiedenste und bestimmte, dass es sich durch diese Opposition in keiner Weise bezüglich Sollsteldt habe beeinflussen lassen. Betreffs der mit 5.918.055 Mk. in der Bilanz figurierenden Bankschulden und Debitoren wurde mitgeteilt, dass hiervon rund 2 Mill. Mk. Bankschulden darstellen und in dem Rest der an den Vorsitzenden eingeräumte Kredit von 3,7 Mill. enthalten sei. Dieser sei durch entsprechende, stets flüssig zu machende Effekten mehr als gedeckt und ausserdem durch Diskontogewinne weiter ausgebaut worden. Dieser Kredit sei zu einem Satze verzinst, der sich um 1 Proz. unter dem jeweiligen Bankdiskont hält. Die Anfrage, wie hoch der tatsächlich erzielte Gewinn bei Sollsteldt gewesen sei, wurde nicht beantwortet. Man habe von ihm nur gerade 6 Proz. verteilt, weil es nach Ansicht aller Gewerke erforderlich schien, den Diskontogewinn nicht für sich allein zu verwenden. Er halte es, wie der Vorsitzende, für notwendig, eine für eine Verständigung an dem Nationalwohlstande, wenn man, wie die jungen Werke es jetzt täten, alles verteilte, was gewonnen werde, um dann die Aktien zu hohen Kursen abzusetzen. Bei der Bilanzierung von Sollsteldt kommen vielmehr dieselben soliden Prinzipien zur Geltung, wie sie bei Aschersleben geübt worden. Hier nicht bestritten, dass die Reserven gestellt worden wären, würde er Redner es nicht verantworten können, heute wieder 10 Proz. Dividende vorzuschlagen. Endlich wurde noch mitgeteilt, dass das Anrecht der Gesellschaft Aschersleben von weiteren 7 1/2 Proz. an dem über 6 Proz. hinausgehenden Reingewinn von Sollsteldt auch dann noch bestehen bleibt, wenn der Gewinn daselbst zurückgezahlt haben würde. Ein weiteres Bezugsrecht auf Kurze von Sollsteldt habe Aschersleben nun nicht mehr. Der Abschluss für 1907 wurde mit 6482 gegen 84 Stimmen genehmigt und die Entlastung mit 3653 gegen 82 Stimmen erteilt. Hiergegen wurden Proteste von den opponierenden Aktionären in Konsequenz ihrer vorhergehenden Opposition zu Protokoll gegeben.

Die Gewerkschaft Burbach in Magdeburg, die jetzt wegen der Feldertransaktion im Mittelpunkt der Kontroversen steht, hat laut Geschäftsbericht im Jahre 1907 ihre Gerechtmachen bedeutend erweitert. Es sind im Laufe des vergangenen Jahres 32 Tiefborungen ausgeführt und zusammen mit 4 schwebenden 26 Mutungen 36 preussische Maximalfelder gemutet worden, so dass der gesamte Feldbesitz von Burbach Ende 1907 auf 9 preussische Maximalfelder betrug. Der Anteil der Gewerkschaft am Syndikatsabsatz belief sich auf Berlin 189.000, Magdeburg 120.000, Tausendstel, wurde jedoch durch den Hinzutritt neuer Werke bis zum Schlusse des Jahres 1907 auf 25,56 Tausendstel reduziert. In der neuen Jahre tritt Burbach mit 25,48 Tausendstel Syndikatsanteilen, Abgesetzt wurden im Jahre 1907 156.419 (165.191) rd. reines Kali. Aus der Fabrikation wurden insgesamt 3.018.212 (3.227.136) Mt. verpackt und kommt der Ertrag aus Kuxen in Höhe von 143.000 Mt. (wie i. V.). Im Vorjahre konnte noch ein einmaliger Kapitalgewinn von 487.689 Mt. aus der Bereubung von Walbeck-Kuxen verzeichnet werden. Die Betriebsausgaben beliefen sich auf 1.324.718 (1.353.154) Mt. Der Überschuss betrug 933.583 (1.590.658) Mt. Nach Verteilung von wieder 800.000 Mt. Aushub (und 56.500 Mt. wie i. V.) Tantieme wurden der Rest von 77.083 (160.438) Mt. auf neue Rechnung vorgetragen.

Vereinigte Stahlwerke von den Zypen und Wissener Eisen- hütten, Akt.-Ges. in Köln-Deutz. In der Aufsichtsratsitzung wurde der Abschluss für das Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1907 vorgelegt. Dieser ergibt nach Abzug der Handlungskosten, Steuern und Provisionen einen Rohüberschuss von 1.738.576 Mark gegen 1.532.242 Mk. für den entsprechenden Zeitraum des Geschäftsjahres 1906/07.

Die schottische Stahlwerkvereinigung hat die Preise um 5 sh. pro Tonne herabgesetzt. Drei Lancashire-Stahlwerke haben infolge Mangels an Aufträgen den Betrieb eingestellt.

Sächsisch-Thüringische Portlandzementfabrik, Prüssing & Co. zu Göschwitz. Aus dem Geschäftsbericht ergibt sich, dass der Gewinn des Unternehmens in 1907 grösser war, als die kürzlich veröffentlichten Abschlusszahlen erkennen lassen. Er betrug einschliesslich Vortrag aus 1906 654.575 (621.445) Mk. Daraus soll eine Dividende von 18 (17) Proz. verteilt werden. Wie die Verwaltung mitteilt, hat sich die Gesellschaft bei der Zementfabrik Thüringia G. m. b. H. in der Verwaltung um die Hälfte der Firma S. Düsterer, Kalkwerke und Zementkalkfabrik G. m. b. H. in Fürstede beteiligt. In der Bilanz erscheinen Grundstücke mit 345.560 (342.966) Mk., Gebäude mit 1.970.004 (1.891.212) Mk., Maschinen mit 1.030.193 (843.987) Mk., Debitoren mit 607.900 (917.719) Mk. und Beteiligungen mit 261.597 (160.275) Mk. Unter den Passiven stehen Kreditoren mit 501.627 (470.453) Mk. Die Veranschlagung des Abzats der vereinigten Werke betrug 735.044 (745.930) Normalmaass. Die im Inlande, dem Hauptabzatsfeld der Gesellschaft, zu den im allgemeinen etwas aufgehobeneren Preisen schon jetzt getätigten Abschlüsse übersteigen bereits die vorhergehenden. Am Weltmarkt sind nach Mitteilung der Verwaltung die Verhältnisse für den Export zurzeit nicht günstig.

Südairkanische Goldminenbente. Die Goldausbeute der in der Transvaal-Mineral-Verwaltung im vorigen Monat betrug im Februar 1908 50.969 Unzen im Werte von 2.122.936 £ gegen 54.020 Unzen im Werte von 2.294.632 £, die der Aussendistrikte 20.961 Unzen im Werte von 89.035 £ gegen 20.127 Unzen im Werte von 85.495 £ im Januar 1908. Die Zahl der den Minen zugeleiteten eingehorenen Arbeiter betrug 17.970, dagegen schienen aus 10.329, so dass per Saldo 125.845 beschäftigt waren.

Weiterer Rückgang der Getreidepreise. Die nordamerikanischen Weizenpreise sind weiter gefallen. Die Preise für Weizen eingetreten auf günstige Saatensatzberichte aus dem Südwesten, grössere Zufuhren im Innern und schlechten Mehlsatz. Allseitige Liquidationen fanden statt. Da auch Liverpool flau kam, fanden in Berlin gestern grössere Realisationen der Provinz statt, welche die Preise für Weizen und Roggen auf 1 1/2 bis 1 1/4 Mk. ermässigten.

Wirtschaftliches aus Argentinien. Die Berliner argentinische Gesandtschaft empfieng seitens ihrer Regierung folgende Kabelmeldung: Die im Jahre 1907 mit Weizen, Lein und Hafer bestellten Flächen beziffern sich auf 7.500.000 ha, deren Ernteergebnis folgendes war: Weizen 5.900.000 t, Lein 1.100.000 t, Hafer 500.000 t. Die angebauten Flächen waren demnach um 500.000 ha in die geernteten Monate um 2.000.000 t grösser als im Jahre 1906. In den Geferianstalten erstreckten sich die Schlichtungen auf 2.080.000 Tier, von denen seitens der Regierung knapp 1 Proz. (genau 0,89 Proz.) als tuberkulös befunden und konfiszirt wurden. Dieser Inspektion wird durch die Geferianstalten selbst, sowie wie möglich, Vorschub geleistet, um jegliches Misstrauen bezüglich ihrer Produkte zu zerstören.

Der Maschinerie-Zuckermarkt war gestern vormittag sehr schwach und bedeutungslos. Der Preis der Zuckermarktkontrakte lag bei 35 Pfg. höher. Dies geschah infolge Bekanntwerdens einer unerwartet grossen Erzeugung von Kubazucker im Februar, welche bis Ende Februar 405.000 t gegen 625.000 t und 344.000 t in beiden Vorjahren betrug. Da die Erzeugung Kubas vor zwei Jahren sich auf 1.200.000 t stellte, so lässt sich die diesjährige bis auf 1.250.000 t schätzen, während sie bisher auf 900.000 t 1.000.000 t geschätzt wurde.

Brauervereine Thüringens. In der kürzlich abgehaltenen Gesellschafterversammlung des Vereins in der über 100 Brauereien vertreten waren, ist die Auflösung des Vereins zum 31. Dez. beschlossen worden. Die Ursache der Auflösung des mit so grossen Hoffnungen gegründeten Vereins ist darin zu suchen, dass durch die Konkurrenz einzelner, dem Brauerverein nicht beigetretener Genossenschaftsbrauereien die Bierpreisverhöhung vereitelt und bedeutend herabgesetzt wurde. Die untereinander dürfte nun wieder ein äusserst heftiger werden.

Ein Grossmühlensyndikat in Sicht? Aus Mannheim wird unter 9. März geschrieben, nach dem heute auf der Getreidebörse gewonnenen Eindrücken hat die Absicht der süddeutschen Mühlen auf Einhaltung eines einheitlichen Mehlpriess bereits feste Gestalt angenommen und die Idee einer Mehlsyndizierung ist in angrenzende Kreise gedrückt. Die Mitglieder der Vereinigung süddeutscher Handelsmühlen sollen sich bereits schon vorläufig vereinigt haben, den von der Verbandleitung täglich festgesetzten Minimalpreis zu respektieren und keinesfalls unter diesem zu verkaufen. Infolgedessen wurde auf der heutigen Börse von sämtlichen Verbandsmitgliedern ein einheitlicher Mehlpriess verlangt, der gegenüber dem in den letzten Tagen eingetretenen Rückgänge der Weizenpreise wesentlich zu hoch war. Falls die Mühlen auf dieser Absicht durchdringen, bedeuete dies eine Hochhaltung der Mehlpriess. Der Verein süddeutscher Mehlhändler hat bereits in einer Sitzung gegen das Vorgehen der Mühlen Stellung genommen.

Holzpreise. Aus Katzhütte wird berichtet: Aus den waldreichen Forstbezirken Cursdorf, Neuhaus, Scheib, Lindig und Katzhütte kamen 16.489 feinsten Bloche mit 3855,50 Kubikmeter, 6955 Stämme mit 2872,75 Kubikmeter, 8405 Derby-, 975 Reissstangen und 546 Raumerter Nutzwälder zum Verkauf. Die Taxpreise wurden zum grossen Teil ganz erheblich überschritten, ein Nachlassen der Holzpreise ist noch nicht zu bemerken, wenn man auch in der Holzindustrie Ursache zur Klage über schlechten Geschäftsgang hat.

Die Bedburger Wollwarenfabrik erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre 217.206 Mk. Gewinn, der zu Abschreibungen verwendet wird. Das Vorjahr hatte mit einem Verlust von 297.275 Mark abgeschlossen bei einem Aktienkapital von 3 Mill. Mk.

Forster Wollauktion. Unterm 10. März wird berichtet: Zum Angebot kamen 300—400 Zentner deutsche Schweisswollen, von denen der Viertel verkauft wurden. Die Preise waren bedeutend niedriger als im Vorjahre.

Die Vereinigten Buntwebereien in Köseld haben ihre Kläubiger zusammenberufen. Zu den Zahlungsschwierigkeiten des Warenhauses Gebrüder Hartoch in Düsseldorf meldet der „Konfektionist“, dass nach vorläufiger Aufstellung in der Warenausgaben 1.900.000 Mk., die Bankschulden 1.700.000 Mk. betragen. Die Aktiven (Warenlager) sind nach demselben Bericht infolge der Einigung mit den beteiligten Banken zustande gekommen, so wird ein Vergleich von 50 Proz. geboten werden.

Am Kalkellenmarkt waren gestern Aderkalkwerke mit 31 Proz., Krügershall mit 70 Proz. angeboten und mit 30 Proz. bezw. mit 68 Proz. gefragt.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 11. März. Am Frühlmarkt notierten Weizen 11. 205—208.00, Roggen 11. 192—194.00, Hafer, märkischer mecklenburg., pommercher, preuss., posener u. schlesischer feil 172—182, mittel 162—171, gering 156—161, russischer mittel u. gering 162—180, Hafer feil 168—180, inländ. Erzeugnisse mittel und gering 150—158, gete 159—172, russische und Donau Gete 146 bis 152, Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 174—186, kleine Weizenmehl 60,25—62,00, Roggenmehl 0 und 1 25,30—27,50, Weizenmehl 12,25—12,50, Roggenmehl 12,50—13,00. (Altes fest Bahn.)
Hamburg, 11. März. Weizen flau, Mecklenburger und Ostholsteiner 200—208. Roggen flau, Mecklenburger und Altmärker 190—195, russ. feil 9. und 10. 150. Gerste flau, südruss. feil 26,50, Hafer flau 16,50. Hafer per April 18,00, 18,50, 19,00, 19,50. — America mixed feil 11,60. La Plata feil 10,50.
Pest, 11. März. Weizen fest per April 12,00 Gd., 12,07 Br., per Oktober 8,74 Gd., 8,89 Br., Roggen per April 10,77 Gd., 10,78 Br., per Oktober 6,77 Gd., 6,78 Br., Hafer per April 7,87 Gd., 7,88 Br., per Oktober 5,97 Gd., 5,98 Br. — Br. Mais per Mai 6,60 Gd., 6,67 Br., Raps per August 16,25 Gd., 16,35 Br.

Zucker.

Hamburg, 11. März. Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 88 1/2 Rendement netto Usance, frei an Bord Hamburg
abends
vorm. nachm. abends
per März . . . 21,05 21,05 21,05
per April . . . 21,10 21,10 21,10
per Mai . . . 21,20 21,20 21,20
per Juni . . . 21,30 21,30 21,30
per Oktober . . . 21,90 21,95 21,90
per Dezember . . . 21,10 20,05 20,00
per . . . 19,85 19,90 19,90
Kaffee stetig ruhig

Hamburg 11. März. Good average Santos abends
per März . . . 32 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd.
per April . . . 32 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd.
per Mai . . . 32 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd.
per Juni . . . 32 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd.
per Oktober . . . 32 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd.
per Dezember . . . 32 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd.
Kaffee stetig ruhig

Bremen, 11. März. Kaffee stetig ruhig.
Havre, 11. März. Kaffee good average Santos per März 42 1/2, per Mai 43, per Sept 44 1/2, per Dez. 44 1/2, stetig.

Spiritus. Bremen, 11. März. Brauwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (108—106) 11. 66,50—67,50 Mk., 40 Vol. Proz. für 100 kg (108—107) 11. 74,75—75,25 M. per Loko-Lieferung ohne Fass ab Brenner.
Hamburg, 11. März. Spiritus fest, per März 32 1/2 Gd., per März-April 32 1/2 Gd., per April-Mai 32 1/2 Gd.

Petroleum. Hamburg, 11. März. Petroleum fest Standard white loko 7,55
Kartoffelmehl und -Stärke.
Berlin, 11. März. Kartoffelmehl und -Stärke 24,75—25,25. Feuchte Stärke 14,50.
Magdeburg, 11. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,00—25,75.

Fettwaren und Öle. Bremen, 11. März. Schmalz stetig Loko, Tubs und Firkin 41 Doppelmerke 41 1/2.
Hamburg, 11. März. Rüböl ruhig, verzollt 74,00.
Köln, 11. März. Rüböl loko 76,50, per Mai 75,50.

Vielmärkte. Berlin, 11. März. Städtischer Schlachtviehmarkt. (Amtlicher Bericht der Direktion.) Es standen zum Verkauf: 833 Rinder, 2764 Kälber, 1842 Schafe und 15.427 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 81—86 Mk.; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 70—76 Mk.; c) geringe Saugkälber 42—49 Mk.; Schafe: a) Mastlamm 65 bis 68 Mk.; b) mässig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 52—56 Mk.; c) Schewe in e. e. Mast für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen 54 Mk.; b) fleischige 50—52 Mk.; c) gering entwickelte 46—49 Mk.; d) Saunen 50 Mk.
Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 500 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Ausgesuchte schwere Ferkel brachten Preise über Notiz. Bei den Schafen fand etwa ein Drittel des Auftriebes Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird kaum geräumt.

Wolle. Bremen, 11. März. Baumwolle ruhig. Upl. loko middl 58 1/2, Pfg. Metalle.
Glasgow, 11. März. (Mittag.) Robeisen flau, Middlebrough warrants 50/8.
London, 11. März. Chili-Kupfer stetig 37 1/2, 8 Monat 36 1/2, Zinn Straits stetig 188 1/2, 3 Monat 183 1/2, Blei span, stetig 13 1/2, englisch 14 1/2, Zink, gewöhnliche Marke, ruhig, 20 1/2, spez. Marke 22.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Enden.
New York, 11. 10. 2. Chicago, 11. 10. 2.
Weizen per Mär. 117, 101 1/2 Weizen per Mär. 93, 93 1/2
Mais per Juli 99 1/2, 95 1/2 Mais per Juli 65 1/2, 65 1/2
Mais per Mär. 73 1/2, 73 1/2 Mais per Mär. 65 1/2, 65 1/2
Mehl Spring clear 4, 45 1/2, 45 1/2 Hafer per Juli 62 1/2, 62 1/2
Kaffee Fair Rio Nr. 7 61, 61, 61 Hafer per Mär. 44 1/2, 44 1/2
per Mär. 5,80 5,85 Roggen per Mär. 81 80
per Mär. 5,90 5,95 Schmalz per Mär. 7,80 7,87
Petroleum Cases 10,90 „ „ „ 7,82 7,80
do. in Philadelphia 8,75 8,75
do. in New York 8,75 8,75
Tendenz: Weizen willig, Mais willig.

Schiffsnachrichten.
Hamburg, 11. März. Hamburg-Amerika-Linie. Westphalia, nach Westindien, 10. März morgens 10 Uhr in Grimsvig angekommen. König Wilhelm II., nach dem La Plata, 10. März morgens 2 Uhr von Southampton abge. Hansa, von Galveston, 10. März morgens 3 Uhr 30 Min. auf der Elbe angek. Liberia, nach Ostasien, 9. März in Taku angek. Höhenstauen 10. März morgens 5 Uhr von Yokohama nach Kobe abge. Salamanca, von La Plata, 10. März morgens 7 Uhr von Pernambuco abge. Errutia, von Santos, 9. März von Rio de Janeiro nach Bahia abge. Pretoria, von New York, 11. März morgens 7 Uhr 30 Min. 120 Meilen westlich Lizard drahtlos gemeldet. Brissavia, nach Ostasien, 10. März nach. 1 Uhr von Cuxhaven abge. Nauplia, von der Westküste Amerikas, 9. März von Montevideo abge. Brasilia, von Ostasien, 10. März von Schanghai abge. Belgravia, nach Ostasien, 9. März in Schanghai angekommen. Macedonia, 10. März in Montevideo angek. Meteor, Mittelmeerfahrt, 10. März nachm. 2 Uhr in Syrakus angek. Dortmund, von Ostasien, 10. März nachm. in Rotterdam angek. Molke, Orientfahrt, 10. März nachm. 5 Uhr von Alexandria abge. Habsburg, von Ostasien, 10. März nachm. 4 Uhr von Marseille abge. Mecklenburg, von Westindien, 11. März morgens 3 Uhr von Bremen abge.
Bremen, 11. März. Norddeutscher Lloyd. Kronprinzessin Cecilie Dienstag 12 Uhr vorm. in New York angek. Crefeld Dienstag 2 Uhr nachm. von Lissabon abge. Sachsen Dienstag 11 Uhr abends Borkum Riff pass. Kronprinz Wilhelm Dienstag 10 Uhr abends Borkum Riff pass. Prinzess Alice Mittwoch 6 Uhr vorm. in Hongkong angek.

Wasserstände.

Staat und Umstr.		Fall		Wuchs	
Astern, Brückenp.	10. März +1,60	11. März +1,0	—	—	—
Nebra, Op.	+2,20	+2,30	—	—	—
Up.	+2,20	+1,9	—	—	—
Weissenfels, Op.	+2,64	+2,98	—	—	—
Up.	+1,64	+2,4	—	—	—
Trotha	+2,54	+2,5	—	—	—
Alsaalen, Op.	+2,54	+2,5	—	—	—
Up.	+2,8	+2,24	—	—	—
Bernburg	+1,8	+1,62	—	—	—
Kalbe, Op.	+1,78	+1,64	—	—	—
Up.	+1,62	+1,74	—	—	—

Moldau		Især.		Eger.		Elbe	
Budweis	10. +0,0	—	10. +0,0	—	—	—	—
Prag	+0,4	—	10. +0,0	—	—	—	—
ungbunzl.	+0,3	—	—	—	—	—	—
Lann	+0,12	—	—	—	—	—	—
Parbitz	+0,7	—	18. +0,0	—	—	—	—
Brandels	+0,62	—	15. +0,0	—	—	—	—
Leitnitz	+0,8	—	26. +0,0	—	—	—	—
Aussig	+1,24	—	34. +0,0	—	—	—	—
Dresden	+0,38	—	8. +0,0	—	—	—	—

